

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

**Kurz kommentiert: Erdgassteuer - Bundesbank -
Stahlindustrie - Umweltpolitik - EG-RGW**

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1988) : Kurz kommentiert: Erdgassteuer - Bundesbank - Stahlindustrie - Umweltpolitik - EG-RGW, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 68, Iss. 7, pp. 337-338

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136414>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Erdgassteuer

Wider die Vernunft

Nachdem der Bundeswirtschaftsminister der Erdgassteuer noch zu Beginn des Jahres bescheinigt hatte, daß sie keinen Sinn habe, wurde sie nun doch von den Koalitionsparteien beschlossen. Die heftige Reaktion der Gasverkäufer, die ihren Marktanteil bedroht sehen, verwundert nicht; sie entspricht dem Klagen der Mineralölindustrie bei jeder Heraufsetzung der Mineralölsteuer.

Dies ändert allerdings nichts an der Tatsache, daß mit der neuen Steuer falsche Signale gesetzt werden. Das Argument, daß die Erdgassteuer dem Harmonisierungsziel der EG widerspreche, hat der Finanzminister zwar dadurch zu entkräften versucht, daß die Steuer zunächst bis 1992 befristet werden soll. Richtig aber bleibt, daß mit dem Erdgas ein vergleichsweise weniger umweltschädlicher Energieträger besteuert werden soll, der zudem bislang unter dem Aspekt der Versorgungssicherheit eher zu den unproblematischen Energien zählte. Wenn aber die Energieverbraucher mit Hilfe der Steuer zu einem sparsameren Umgang mit Energie veranlaßt werden sollen, so müßte die Steuer alle Energieträger treffen und nicht nur ausgewählte. Derart spezifische Energiesteuern schaffen Wettbewerbsverzerrungen. Das Argument, mit der Einführung der Erdgassteuer solle der Wettbewerbsverzerrung durch die beabsichtigte Erhöhung der Heizölsteuer vorgebeugt werden, vermag jedenfalls nicht zu überzeugen, solange gleichzeitig andere Verzerrungen – vor allem gegenüber Kohle und Kernenergie – entstehen.

Den Verantwortlichen ist all dies längst bekannt, wie ihre Äußerungen vor der Wiederentdeckung der Erdgassteuer belegen. Da sie sich aber nicht trauen, Ausgabenpositionen kritisch zu durchforsten, ist ihnen offensichtlich jede neue Idee der Einnahmenbeschaffung gerade gut genug, auch wenn sie der ökonomischen und politischen Vernunft widerspricht. ma

Bundesbank

Notwendige Richtungsänderung

Wie in Bankenkreisen schon erwartet, hat die Bundesbank den Diskontsatz mit Wirkung ab 1. Juli 1988 von 2,5 % auf 3 % angehoben. Diskontsatzänderungen bestimmen zwar kaum noch das Geldmarktgeschehen, da

Offenmarktsatzänderungen einflußreicher sind, kennzeichnen aber die geldpolitisch gewünschte Zinsuntergrenze und haben insoweit auch Signalfunktion. Da es sich um die erste Diskontsatzanhebung seit Mitte 1984 handelt und sie von einem historischen Tiefpunkt ausgeht, signalisiert sie die Richtungsänderung der Bundesbank auf einen weniger expansiven geldpolitischen Kurs.

Dringend notwendig war eine solche Richtungsänderung, da die gesetzten Geldmengenziele nun schon im dritten Jahr überschritten werden. Die saisonbereinigte und auf Jahresrate umgerechnete Wachstumsrate der Geldmenge M3 erreichte im Mai mit 7,5 % zudem ihren Jahreshöchstwert. Sie kommt damit nicht einmal der Tendenz nach in die Nähe der gesetzten Obergrenze von 6 %. Eine zu große Geldmengenausweitung nützt aber weder Produktion noch Beschäftigung, sondern erhöht nur die Gefahr, daß später rigorosere Maßnahmen notwendig werden. Sie läßt sich überhaupt nur mit außenwirtschaftlichen Zwängen rechtfertigen.

Ein restriktiver Kurs ist von der Bundesbank allerdings keineswegs beabsichtigt, sondern nur ein Ausgleich der in Reaktion auf die Börsenkrise vorgenommenen Liquiditätsanreicherung sowie eine Zinsanpassung an das Ausland zur Wechselkurs-Stabilisierung. Kapitalabflüsse und Inflationsimport sollen verhindert werden. Die Diskontsatzhöhung ist folglich Signal für einen weniger expansiven, nicht aber für einen restriktiven Kurs. Die Devisen- und Finanzmärkte haben entsprechend gelassen reagiert. ud

Stahlindustrie

Ende des Quotenkartells

Mit der Abschaffung der letzten noch bestehenden Produktions- und Lieferquoten zum 1. Juli hat sich die stahlpolitische Linie der EG-Kommission durchgesetzt. Die Stahlfirmen der Gemeinschaft sind damit wieder dem Wettbewerb ausgesetzt. Bereits im Dezember 1987 hatte der Ministerrat eine Abschaffung der im Oktober 1980 eingeführten Zwangsquotenregelung – damalige Begründung: Vorliegen einer offensichtlichen Krise nach Art. 58 EGKS-Vertrag – beschlossen. Allerdings war die Weiterführung der Quotenregelung bis Ende 1990 in Aussicht gestellt worden, hätte die Stahlindustrie genau vorgegebene Kapazitätsstilllegungen bis zum 10. Juni zugesagt. Trotz mehrerer Abmahnungen seitens der Kommission war das nicht der Fall.

Vor allem die deutsche Stahlindustrie hatte sich bis zuletzt für eine Fortführung der Quotenregelung stark gemacht und ihren Standpunkt mit wettbewerbsverzerrenden Nachwirkungen der in der Vergangenheit gezahlten höheren Subventionen in den Nachbarländern begründet. Allerdings war die deutsche Position angesichts der Spitzensubvention pro Tonne abgebauter Kapazität bei Saarstahl nicht sehr stark. Auch die Argumentation mit dem Bedrohungspotential der weiterhin notwendigen Finanzspritzen im italienischen Sanierungsfall Finsider konnte nicht überzeugen; bei aller Berechtigung der grundsätzlichen Subventionskritik erscheinen die Marktängste hier kaum verständlich. Der Gewöhnungseffekt an die Quotenregelung mit der bequemen Marktanteilssicherung war bei den deutschen Stahlkochern inzwischen doch sehr ausgeprägt, wie ihr Festhalten an der Regulierung bei deutlich verbesserter Stahlkonjunktur und Ertragssituation beweist. Von „offensichtlicher Krise“ kann jedenfalls keine Rede mehr sein. kr

Umweltpolitik

Bewegung in der EG

Die Umweltminister der EG können wieder einmal einen Erfolg verbuchen. Ende Juni einigten sie sich auf strengere Abgasnormen für Kleinwagen, die Beendigung der Einleitung von Dünnsäure in die Nordsee sowie Höchstgrenzen für den Schadstoffausstoß von Kraftwerken und Industriebetrieben.

Bei näherer Betrachtung zeigt sich allerdings das gewohnte Bild derartiger internationaler Vereinbarungen. Die Einigung über Autoabgase erfolgte – ähnlich wie der Beschluß über die Dünnsäureverklappung – nur im Grundsatz; mehrere Länder äußerten substantielle Vorbehalte, die später noch ausgeräumt werden müssen. Darüber hinaus sind die Fristen für das Inkrafttreten der entschärften Anforderungen so großzügig bemessen, daß die berechneten Umweltverbesserungen in diesem Jahrtausend erst teilweise fühlbar werden. Das gilt im übrigen auch für die Vereinbarungen über die Emissionen der Feuerungs- und Produktionsanlagen, die den Zeitraum für Minderungsmaßnahmen bis ins Jahr 2003 strecken.

Die Umweltminister werden mit sich zufrieden sein, haben sie doch ein Ergebnis vorzuweisen. Ebenfalls zufrieden aber dürften jene Unternehmen sein, die von stärkeren finanziellen Belastungen verschont wurden. So kommt es vor allem den Automobilfirmen in Großbritannien, Frankreich und Italien entgegen, daß der

größte Teil der PKW auch weiterhin ohne geregelten Katalysator fahren darf. Daß es selbst bei den Kleinwagen aus ihren Fabriken auch anders geht, beweist das Typenangebot auf dem deutschen Markt. Das letzte Wort in der Angelegenheit wird der Ministerrat allerdings erst im Herbst sprechen, wenn auch die Stellungnahme des Parlaments vorliegt. Auf jeden Fall bewegt sich etwas in der EG-Umweltpolitik, und die Umwelt wird zumindest auf lange Sicht davon profitieren – falls es ihr dann noch helfen kann. km

EG-RGW

Sinnvoller Schritt

Nahezu exakt drei Jahre nachdem Gorbatschow die festgefahrenen Gespräche zwischen EG und RGW wieder in Gang gebracht hatte, wurde nun der lange angestrebte Vertrag zwischen den beiden europäischen Wirtschaftsblöcken unterzeichnet. Dieser Schritt dürfte langfristig nicht nur für die RGW-Länder sinnvoll sein, die angesichts der näherrückenden Vereinheitlichung des EG-Binnenmarktes einen wachsenden Protektionismus seitens der EG befürchten, sondern auch für die Länder der Gemeinschaft.

Zwar ist nicht zu erwarten, daß der Vertrag zu einer raschen Steigerung des gegenseitigen Warenaustausches führen wird, der allein in den letzten beiden Jahren um insgesamt fast 25 % auf nur noch rund 43 Mrd. ECU zurückgegangen ist; noch setzt nämlich die von Rohstoffen und Halbfabrikaten beherrschte Exportstruktur der osteuropäischen Länder der Handelsausweitung Grenzen. Längerfristig aber können der EG-RGW-Vertrag und die parallel dazu abgeschlossenen bzw. abzuschließenden bilateralen Verträge zwischen der Gemeinschaft und den einzelnen RGW-Ländern gute Kooperationsmöglichkeiten bieten.

Denn nicht nur läßt der – mittlerweile wohl auch von westlicher Seite – mit wachsender Zuversicht beobachtete Prozeß politischer und wirtschaftlicher Umwälzungen vor allem in der Sowjetunion Wirkungen auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit im RGW erwarten, sondern es scheint auch Bewegung in verkrustete RGW-Strukturen zu kommen. Zumindest ist nicht auszuschließen, daß die jüngste RGW-Gipfeldiskussion in Prag über die Schaffung eines gemeinsamen RGW-Binnenmarktes eine Entwicklung eingeleitet hat, an deren Ende ein reorganisierter RGW stehen könnte, der mit ähnlichen handelspolitischen Kompetenzen ausgestattet ist wie die Europäische Gemeinschaft. pp